



Parlament der Ärzteschaft

Mit seinen Debatten zur Bioethik und zur Ausbeutung junger Ärztinnen und Ärzte gab der 104. Deutsche Ärztetag ein gutes Bild in der Öffentlichkeit ab.

Der Deutsche Ärztetag ist kein Parlament im strengen Sinne. Er verabschiedet keine Gesetze wie der Deutsche Bundestag und die Landtage. Die wichtigen Weichenstellungen des Ärztetages etwa für die Weiterbildungsordnung (*siehe auch Seite 13*) oder die Berufsordnung werden erst rechtsverbindlich, wenn die Kammerversammlungen in den Ländern diese absegnen.

Dennoch haben die Medien in diesem Jahr häufig und respektvoll wie selten zuvor vom „Ärzteparlament“ geschrieben. Der Begriff ist auch keineswegs falsch. Denn der Deutsche Ärztetag hat für die Ärzteschaft eine enorme Bedeutung, die weit über den wichtigen Auftrag hinausgeht, bundesweit möglichst einheitliche kammerrechtliche Regelungen für die ärztliche Tätigkeit zu ermöglichen: Der Ärztetag ist das demokratisch legitimierte Diskussionsforum, auf dem die verfasste Ärzteschaft in Deutschland über ihre zentralen Themen debattiert. Und er ist die Bühne, auf der die Ärztinnen und Ärzte ihre Positionen der Öffentlichkeit wirksam präsentieren können.

Das ungewöhnlich positive Medienecho belegt, dass Spitzenvertreter und Delegierte diese Chance beim 104. Deutschen Ärztetag genutzt haben. Das gilt nicht nur für die gesundheitspolitische Debatte, die mit den Reden von Ärztetagspräsident Jörg-Dietrich Hoppe und Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt den Eröffnungstag prägte (*siehe auch „Thema“ Seite 10*). Als einen Höhepunkt des diesjährigen Ärztetages bezeichnete die *Rheinpfalz* die mehrstündige Debatte zu medizinethischen Fragen (*siehe auch Seite 14*). „Die Ärzte diskutierten ernst und nachdenklich über die Biomedizin“, schrieb die *Süddeutsche Zeitung*.

„Der Deutsche Ärztetag hat sich in großer Einigkeit dazu bekannt, daß medizinischer Fortschritt nie einfach Zweck sein darf, daß also das Machbare und Mögliche sich nicht aus sich selbst rechtfertigt“, kommentierte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Weiter heißt es dort: „Das entspricht nicht dem (wenigstens von vielen Medien) verbreiteten Vorurteil von den technokratischen, menschlichen Regungen

verschlossenen Schulmedizinerinnen und auch nicht der Alltagserfahrung der meisten Patienten.“

Auch die *Frankfurter Rundschau* unterstrich die Bedeutung dieser Ärztetagsdebatte: „Der Deutsche Ärztetag ist der Position seines Präsidenten Jörg-Dietrich Hoppe gefolgt und hat der Forschung an menschlichen Embryonen eine klare Absage erteilt. An diesem Votum der Ärzteschaft wird der Teil der Bundesregierung nicht vorbeikommen, der in den vergangenen Wochen in Fragen der Biomedizin so sehr aufs Tempo gedrückt hat. Und klar wurde auch: Die von Bundeskanzler Gerhard Schröder herausgestellten wirtschaftlichen Chancen und die Angst, bei der Forschung international den Anschluss zu verpassen, kann kein Argument dafür sein, im Vorbeigehen mit zentralen ethischen Prinzipien unserer Gesellschaft zu brechen.“

Ein zweites Thema ist in den Medien durchgeschlagen wie kaum jemals ein anderes Thema zuvor: Die Ausbeutung junger Ärztinnen und Ärzte. Der Ärztetagspräsident hatte den Tenor vorgegeben: „Was sich heute in unseren Kliniken abspielt, läßt sich gegenüber den Patienten wie auch dem Personal nicht mehr verantworten.“ Das demonstrierten Referenten und Diskussion (*siehe auch Seite 12*) so eindrucksvoll, dass der *Kölner Stadt-Anzeiger* meinte: „Die Patienten – hätten sie den Einblick in die Praxis der Krankenhäuser – wären schon lange auf die Barrikaden gegangen, denn (auch) sie sind letztendlich die Betroffenen.“ Nahezu der gesamte Blätterwald zeigte sich bestürzt über die systematischen Verstöße gegen das Arbeitszeitgesetz. „Nach 30 Stunden im Dienst wird jeder Patient zum Feind“, zitierte die *Süddeutsche Zeitung* einen Delegierten und kommentierte: „Die Aussagen der Betroffenen müssten die Verantwortlichen alarmieren.“

Fazit: Mit seinen Debatten gab der 104. Deutsche Ärztetag in der Öffentlichkeit ein sehr gutes Bild ab und wurde seinem Ruf gerecht, das Parlament der Ärzteschaft zu sein.

*Horst Schumacher
Chefredakteur*